

Dieter Winkler

Plädoyer für Reformen

Meinungen
eines mündigen Zeitungslesers

Eine Sonderbeilage von **jotw.d.** 

März 2004

1.

Die Alt-Bundesrepublik wurde schon bald nach ihrer Gründung 1949 zu einem wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsmodell. Die Grundlagen dafür bildeten:

- eine Marktwirtschaft, in der Wettbewerb den Leistungswillen von Menschen und Firmen stimulierte
- eine intelligente Regulierung dieser Marktwirtschaft durch juristische und politische Rahmenbedingungen, später „Globalsteuerung“ genannt die Tarifautonomie von „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“, die es den Arbeitnehmern erlaubte, mit Hilfe ihrer Interessenvertretungen Gewerkschaften sich einen Anteil am wachsenden Wirtschaftsergebnis zu erkämpfen
- ein Steuer- und Abgabensystem, das einen sozialen Ausgleich anstrebte, mit einem Spitzensteuersatz auf die Einkommenssteuer von 56 % einer Vermögenssteuer für die Vermögenden einem Lastenausgleich zugunsten der (Ost-)Flüchtlinge, die mit der Heimat auch ihr Eigentum dort verloren hatten.

Dazu kamen noch

- die qualifizierte Mitbestimmung in der Montanindustrie, d.h. die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte in dieser damaligen Schlüsselindustrie durch Eigentümer- und Beschäftigtenvertreter
- die Führung von in Staatsbesitz befindlichen industriellen (Groß-) Unternehmen mit dem Ziel einer Gewinnerwirtschaftung.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß günstige externe Faktoren die positive Entwicklung der west-deutschen Wirtschaft in ihrer Anfangsphase stützten:

- der frühe Verzicht der westlichen Siegermächte des II. Weltkrieges und ihrer Verbündeten auf Reparationen
- die US-amerikanische Marshallplan-Hilfe.

Unter diesen Bedingungen schaffte die Alt-Bundesrepublik in ihren frühen Jahren ein „Wirtschaftswunder“ mit steigendem „Wohlstand für alle“.

2.

In den letzten 20 Jahren wuchsen in Westdeutschland Arbeitsproduktivität und Produktion auf Grund des rapiden technischen und technologischen Fortschritts weiter. Dagegen

- stagnierten die Realeinkommen der in abhängiger Arbeit Beschäftigten
- nahm vor allem unter ihnen die Arbeitslosigkeit stetig zu.

Zwischen 1991 und 2002 sind die

- Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten um 1,5% zurückgegangen
- Gewinn- und Vermögenseinkommen jedoch um 49% gestiegen.

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland soll von 1,7 Billionen im Jahre 1994 auf 2,1 Billionen Euro im Jahre 2002 zugenommen haben.

Die Politik verfügte offensichtlich über kein Konzept mehr, wachsende Produktivität in wachsenden „Wohlstand für alle“ umzuwandeln.

Mittlerweile ist die Situation pervers:

Die um die DDR vergrößerte Bundesrepublik kann sich die bisherigen Sozialsysteme für die abhängig Beschäftigten nicht mehr leisten. Obwohl über vier Millionen amtlich registrierte Arbeitslose zur Verfügung stehen, die für ihre Sicherung arbeiten könnten.

Parallel zu dieser Entwicklung

- erhebt der Staat allerdings seit Jahren keine Vermögenssteuer mehr
- brauchen neuerdings nur noch reichlich ein Viertel der Unternehmen Gewerbesteuer zu zahlen
- ist die Regierung dabei, den Spitzensteuersatz auf die Einkommenssteuer signifikant abzusenken
- befinden sich also wesentliche Elemente des wirtschaftlichen und sozialen Gründungskonsens der Bundesrepublik in Auflösung.

Die Argumente für diesen Politikwechsel sind fragwürdig:

So soll z.B. nach der Theorie die Senkung des Spitzensteuersatzes auf die Einkommenssteuer zu mehr Investitionen und damit zu mehr Arbeitsplätzen führen. Zweifellos können die durch Steuernachlässe in die Hände großer Kapitaleigner geratenden Summen zusätzliche Investitionen hervorrufen. Aber das können genauso sehr Erweiterungs- wie Rationalisierungsinvestitionen sein. Letztere mit dem Effekt weiterer „Freisetzung“ von Arbeitskräften, also einer Steigerung der Massenarbeitslosigkeit.

Die freigesetzten Kapitalien können aber auch das weltweit agierende und kleinere Volkswirtschaften gelegentlich ruinierende spekulative Kapital vergrößern. Und sie können natürlich auch einem erhöhten Luxuskonsum zugute kommen. Also die Zahl von Privatjets auf deutschen Flugplätzen oder die Rentabilität von Superluxushotels in den Feriendomizilen der Superreichen erhöhen.

(In diesem Falle dürften einige zusätzliche Dienstleistungsjobs - mit wohl nicht allzu auffälligen Löhnen - entstehen.)

Natürlich können diese privatisierten bisherigen Staatseinnahmen auch einen erneuten Run auf die Aktien erfolgreicher oder scheinbar erfolgreicher Unternehmen nach sich ziehen und damit eine neue Aktienblase produzieren.

(Welche Bedeutung die Börsenkurse für die Realwirtschaft haben, zeigen folgende Zahlen: Im Jahre 2000 lag der DAX bei 8000 Punkten, im März 2003

war er auf 3000 Punkte gefallen. Das Bruttoinlandsprodukt war allerdings nicht auf 37% dessen vom Jahre 2000 abgestürzt.)

Eine weitere gewichtige Verwendung der Steuergelder, auf die der Staat künftig verzichtet: Wenn die infolge der Reduzierung der Gewerbesteuereinnahmen verarmten Kommunen sich von ihrem so genannten Tafelsilber trennen müssen, kann das durch die Steuerreduktionen angereicherte private Kapital das Tafelsilber übernehmen.

In diesem Fall werden die Steuersenkungen endgültig zu einem volkswirtschaftlichen Verlustgeschäft: Hätte der Staat diese Steuergelder einbehalten und sie für Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen verwandt, hätte langfristig die gesamte Gesellschaft daraus ihnen Nutzen gezogen. Und die Kommunen hätten auch ihr „Tafelsilber“ nicht aufgeben müssen.

Daß die Senkung des Spitzensteuersatzes auf die Einkommenssteuer zu einem Abbau der Massenarbeitslosigkeit führen wird, dürfte nach dem Gesagten also wirklich reine Theorie sein. Zumindest haben die Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53% zu Zeiten der Regierung Kohl und die weitergehende Senkung auf 48,5% durch die frühe Regierung Schröder mehr Beschäftigung nicht gebracht.

3.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind andere als zu Zeiten des Wirtschaftswunders:

Nach 1949 - und im wesentlichen auch in der frühen EWG, der Vorläuferin der EU - besaß die westdeutsche Industrie einen Produktionsstandort mit

- gleichen oder zumindest ähnlich hohen Steuern
- ähnlich hohen Löhnen.

Es kam also auf die Fähigkeiten der Unternehmer bzw. Manager an, durch

- Innovationen bei den Produkten
- Innovationen bei den Produktions- und Vertriebsabläufen

Wettbewerbsvorteile zu erzielen.

Mittlerweile werden Wettbewerbsvorteile nach verbreiteter Auffassung vor allem erzielt, wenn Unternehmen in Regionen mit

- niedrigeren Steuern
- billigeren Löhnen

als in Deutschland produzieren.

Aber: In Billig-Lohn-Ländern produzieren und in Hoch-Lohn-Ländern verkaufen - das ergibt auf Dauer keine stimmige ökonomische Gleichung. Oder mit anderen Worten: Mangel jedweder Art, gleich ob an Waren oder an Kaufkraft für vorhandene Waren, erzeugt wirtschaftliche Krisenerscheinungen. Das wußte schon Henry Ford sen. vor 100 Jahren („Autos kaufen keine Autos“).

Eine Frage wird von den Propagandisten der billigeren Standorte allerdings bis heute nicht laut diskutiert: Warum nur Produktionsstandorte verlagern, warum nicht auch Vorstandsressorts? Vielleicht sind auch osteuropäische Vorstandsmitglieder billiger zu haben als deutsche?

Wenn die Freizügigkeit für Waren, Kapital und Menschen dazu führt, daß Unternehmen vorrangig stimuliert werden, nicht in bessere Produkte und Produktionsabläufe zu investieren, sondern lieber Produktionsstandorte zu suchen, an denen die Steuern und Löhne am niedrigsten sind, dann wird ein höchst fragwürdiger Typ von Unternehmerleistung gefördert und ist die EU (und natürlich auch die Weltwirtschaft) zumindest punktuell fehlkonstruiert.

Völlig inakzeptabel wird es, wenn die vielbesungene Freiheit der Märkte auch Freizügigkeit für Steuerflüchtlinge bedeutet, d.h., Freiheit zur Flucht von Eigentümern größerer Kapitalien an Orte, an denen sie ihr Eigentum vermehren können, ohne sich entsprechend ihrer Leistungskraft an den sozialen Leistungen ihres Vaterlandes beteiligen zu müssen.

Die Bundesregierung war in Maastricht politisch so stark gewesen, eine - völlig willkürliche - 3 %-Grenze für die zusätzliche Staatsverschuldung/Mitgliedsland der EU/Jahr durchzusetzen. Sie setzte auffälligerweise ihre damalige Stärke nicht dafür ein, die Kapital- und Einkommensbesteuerungen in der EU zu harmonisieren.

Wenn alle Unternehmen bei den Steuern (allerdings auch bei den Löhnen) vergleichbaren Rahmenbedingungen unterliegen würden, würde sich der Erfolg eines Unternehmens wieder vorrangig von der Erfindungsgabe seiner Ingenieure, dem Geschick und Fleiß seiner Arbeiter und den organisatorischen Fähigkeiten seiner Manager herleiten. (Von den äußeren klimatischen Bedingungen, unter denen produziert wird, die wenig beeinflussbar sind, und dem Arbeitsstil der jeweiligen staatlichen Bürokratie, der optimierbar ist, einmal abgesehen.)

Shareholder-value-Kapitalismus wurde in den letzten Jahren auch in Deutschland an die Stelle einer auf Vorteile für alle Wirtschaftsteilnehmer ausgerichteten „sozialen Marktwirtschaft“ gesetzt.

Die diesen Typ von Kapitalismus treibenden Shareholder sind allerdings nicht vorrangig Individuen, die sich persönlich mit größeren Anteilen in ein Unternehmen eingekauft haben, sondern (Investment-)Fonds, die von einer profitablen Geldanlagemöglichkeit zur günstigeren reisen (müssen).

In diesen Fonds werden die Gelder von anonymen und diffusen Eigentümergruppen gebündelt, um von sog. Fondsmanagern, d.h. Finanz-Funktionären, mit dem Ziel eines optimalen Ertrags in den Wirtschaftskreislauf gebracht zu werden. Produkt der Fonds sind nicht reale Gebrauchsgüter oder Dienstleistungen, sondern einzig die Ware Geld.

Statt die Ökonomie intelligent regulierender Politiker und langfristig planender Leiter von Industrie- oder Handelsunternehmen dirigieren in allen Staaten mit liberalisierten Märkten, also auch in Deutschland, die Wirtschaft heute weitgehend diese auf permanente Gewinnmaximierung ausgerichteten Fondsmanager und die vor allem ihnen zuarbeitenden „Börsenanalysten“.

Da jeder Fondsmanager mindestens genausoviel Rendite erwirtschaften möchte wie der Manager des Fonds nebenan und jeder Börsenanalyst genauso kompetente Empfehlungen abgeben will wie der angesehenste seiner Art, tendieren beide Berufsgruppen zu dem oft beklagten Herdenverhalten. Das trägt nicht zur Rationalität der Wirtschaftsabläufe bei.

(Wer z. B. einem Börsenfachmann unbesehen vertraute und seine Ersparnisse kurz vor 1990 in Aktien oder Immobilien Japans anlegte, wer Anfang der 90er Jahre ostdeutsche Immobilien erwarb, und wer noch 2000 in die New economy investierte bzw. in entsprechend orientierte Fonds, konnte dadurch sehr viel Geld verlieren.)

Verständlich ist, daß sich mit dem Aufstieg der Investment-Fonds auch der Ruf nach der Privatisierung der Kommunalbetriebe verstärkte. Wasser, Abwasser, Energie, öffentliche Verkehrsmittel brauchen wir Menschen konjunktur-unabhängig. Bei guten Preisen bilden die entsprechenden Betriebe für Investment-Fonds eine nützliche Geldanlagemöglichkeit.

Allerdings heißt Shareholder-value-Kapitalismus bislang nicht, daß alle Shareholder, also Eigentümer eines Unternehmens, gleichberechtigt mitbestimmen dürfen, welche Bezüge ihre leitenden Angestellten erhalten: das Management des auch ihnen gehörenden Unternehmens. Diese Entscheidung dürfen die großen Eigentümer und die Manager immer noch unter sich ausmachen. Gestützt wird diese Entwicklung von Wirtschaftstheoretikern, die sich nur für die eine Hälfte des volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs interessieren: die Angebotsbedingungen.

Aber eine Orientierung auf betriebswirtschaftliche Optimierung in allen Unternehmen muß noch nicht einen volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen ergeben: Betriebswirtschaftliche Vorteile bringt häufig eine „Freisetzung von Arbeitskräften“, aber eine zunehmende Massenarbeitslosigkeit bringt keinen Nutzen für die Volkswirtschaft. (Und für die Gesamtgesellschaft bringt sie nur Schaden.)

Die Dominanz der Fondsmanager und Börsenanalysten sowie der Manager fusionierter industrieller Großbetriebe und großer Finanzdienstleister (Banken, Versicherungen, Investment-Fonds) im Wirtschaftsgeschehen nennt man derzeit gern Herrschaft der „Märkte“.

Diese Ideologie behauptet außerdem, daß die „Märkte“ Menschen zu rationalem wirtschaftlichen Agieren führen würden. Sie geht von der psychologische Faktoren weitgehend negierenden Annahme aus, daß Menschen nur die besten Waren kaufen würden, daß sie nur marktgerechte Preise zahlen, zumindest in der Tendenz, daß sie ständig bemüht seien und auch die Zeit dafür hätten, über die Marktabläufe die exaktesten Informationen zu gewinnen, daß sie sich von der Werbung kein „X“ für ein „U“ vormachen lassen würden usw.

(Eine neue Studie der Universität Münster weist nach, daß Markenprodukte auf dem Markt einen bedeutenden Wettbewerbsvorteil haben: Ihre Namen sind in unserem Gedächtnis - und zwar im für Gefühle zuständigen Bereich unseres Hirns - bereits gespeichert, wenn wir auf dem Markt erscheinen; wir greifen nahezu automatisch nach ihnen - warum sollten wir da die geistige Anstrengung auf uns nehmen zu prüfen, ob ein neues Produkt ohne tradierten Namen vielleicht besser sein könnte.)

Wenn die Menschen nur rational handeln würden, hätten sie sicher auch eine nach rationalen Kriterien funktionierende Planwirtschaft hinbekommen.

Es sind aber nicht die „Märkte an sich“, es sind stets die dominierenden Akteure der Märkte, die die Entwicklungsrichtung der Wirtschaft bestimmen. (Selbst wenn sie unsinnige Entscheidungen treffen.)

Daß nicht der „freie“ Wettbewerb auf Märkten, sondern ein staatlich regulierter Markt die heutigen Wirtschaftsmächte der Welt groß gemacht hat, beweisen selbst die USA: Diese senkten ihre Einfuhrzölle erst, als ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig war. Bei anderen heute hochentwickelten Industrieländern war es nicht anders.

Daß freie Märkte, Privatisierung, Deregulierung auch heute nicht automatisch auf den Erfolgspfad führen, beweisen ehemalige Ostblockstaaten: In Bulgarien und der Ukraine ist das Brutto-sozialprodukt gegenüber „realsozialistischen“ Zeiten um 40% gefallen, in anderen Ländern des ehemaligen sowjetischen Machtbereiches ist eine neue Verelendung größerer Teile der Bevölkerung unübersehbar.

Für die Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen der letzten 20 Jahre werden gern

- die Technik-/Technologierevolution
- und der folgend die „Globalisierung“ verantwortlich gemacht.

Neuerdings wird für die Ankündigung speziell deutscher Negativentwicklungen in der Zukunft der deutsche „demografische Wandel“ herangezogen. Als hätte der die deutsche Politik in den letzten 13 Jahren derartig beunruhigt, daß sie sich irgendwann bislang zur Auflage eines Programms zur Förderung der Kinderfreudigkeit in Deutschland – etwa unter Langzeitarbeitslosen, die ja über ausreichenden Zeit zur Kindererziehung verfügen – entschlossen hätte.

„Globalisierung“ bedeutet vor allem, daß die Welt immer mehr zu einem einheitlichen Markt tendiert. Was aber hat sich in den letzten 20 Jahren (und länger) tatsächlich verändert?

Es sind

- die Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realökonomie. D.h., heutzutage werden 25mal mehr Geld- als Warengeschäfte getätigt; reine Geldbewegungen, die keine Warenbewegungen mehr reflektieren, sind zur wichtigsten Bewegung in der Wirtschaft geworden. Mit anderen Zahlen: 1971 bezogen sich noch 90 % der internationalen Finanzgeschäfte auf reales Kapital, 1995 bezogen sich 95 % auf spekulatives Kapital
- die Existenz eines weltweit agierenden, über riesige Summen verfügen den Geldkapitals, das bei der Suche nach günstigen Anlagemöglichkeiten gewaltige Spekulationsblasen bilden kann, die in der Krise zu deren Platzen führen.
- Die Immobilienblase in Japan um 1990 und die Aktienblase in Nordamerika und Westeuropa um 2000 hätten nie entstehen können, wenn für sie nicht ausreichend Kapital zur Verfügung gestanden hätte. Und dazu Kapital, das in diesen Blasen gewinnbringende Anlagen sah. Ich weiß, es sollen insbesondere die angelsächsischen Pensionsfonds gewesen sein, die sich da zerstörerisch aufgebläht hatten. Das kann je doch nur erneut die Frage nach der Sinnhaftigkeit der „kapitalgedeckten Altersvorsorge“ aufwerfen. Auch in Deutschland war das Geld da, die immer höheren Aktienpreise in Erwartung noch höherer Kurse zu bezahlen. Erst am Ende der Entwicklung wurden die „einfachen Sparer“ aufgerufen, ihre Spardbücher aufzulösen und in die mittlerweile völlig überbewerteten Aktien umzusteigen. (Und so konnten die einen beträchtliche „Mitnahme“-Gewinne erzielen und die anderen viel verlieren.)
- Fusionierte industrielle Großunternehmen, die grenzübergreifend das Bild der Gebrauchsgüterwelt beherrschen, und dies nicht so sehr über Qualität und Preis ihrer Produkte, sondern mehr noch über die Quantität und Qualität ihrer Reklame. Das Ergebnis: Nicht das bessere Erzeugnis setzt sich bei den so manipulierten Menschen durch, sondern das besser beworbene. (Bei der Werbung kommt es nie auf die Qualität des Produkts an, sondern nur auf die Qualität der Werbung.)
- die technisch/technologische „Revolution der chips“ (d.h. winzig kleiner Siliziumkristalle mit gewaltiger Informations-Speicherkapazität), die zu einer Revolutionierung der Datenspeicherung und -übertragung geführt hat. Sie hat die industrielle Fertigung, Informationen und Wissen verarbeitende Dienstleistungen sowie den Alltag in gleicher Weise qualitativ verändert wie einst der Elektromotor und die Elektrizität. (In der materiellen Produktion werden von immer weniger Arbeitskräften immer mehr Produkte erzeugt.)
- die Verdrängung der - nicht subventionierten - Landwirtschaftsprodukte der Entwicklungsländer durch die hoch subventionierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Industrieländer von den heimischen Märkten, was die Abhängigkeit dieser Länder von Entwicklungshilfe (Kredite und Lebensmittelhilfe) verlängert.
- die Verlagerung von manuellen Produktionen und Datenverarbeitungs-Dienstleistungen in Billig-Lohn-Länder, objektiv begründet durch die neuen technischen Möglichkeiten der Datenübertragung die niedrigen Kosten für (Transport-)Energie. Würden in diesen Ländern die gleichen Löhne wie in der EU gezahlt, würde die Kaufkraft beträchtlich zunehmen und könnten sich neue Exportchancen für die deutsche Wirtschaft ergeben.
- Die Verlagerung manueller Produktionen hat allerdings weniger mit den neuen technischen Möglichkeiten zu tun, sondern mehr mit den derzeitigen Preisen für Transport-Energie, z.B. infolge der Steuerfreiheit auf Flugzeug-Kerosin.

Nur die Revolution in den Produktivkräften, die Entwicklung der modernen Datenträgerindustrie, ist eine objektive Entwicklung. Begünstigt wurde sie durch ein Wirtschaftssystem, das Innovationen nicht allzuviel Hindernisse in den Weg legt.

Alle anderen Entwicklungen basieren auf Entscheidungen der Politik, Entwicklungen nicht zu regulieren oder sie u.U. doch zu regulieren.

Geistige Grundlage für die getroffenen Entscheidungen war die Hegemonie einer marktradikalen Ideologie, des „Neoliberalismus“, die Deregulierung, Handelsliberalismus, „Privatisierung der sozialen Risiken“ auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Allerdings ist das Ergebnis nicht unbedingt mehr Wettbewerb, bzw. dessen Ausweitung dorthin, wo das sinnvollerweise angebracht wäre, sondern vor allem die Stärkung der großen Kapitaleigentümer, gleich ob sie in der Industrieproduktion oder im Finanzwesen tätig sind.

(Das beweisen z.B. die Zahlen über die Gewinnentwicklung. Zwischen 1994 und 2001 ergab sich da bei

- deutschen Großunternehmen ein Plus von 64%
- deutschen Klein- und Mittelbetrieben ein Minus von 3%.)

4.

Die Veränderungen schlagen sich auch in der Sprache der Medien nieder.

Die häufigsten Medienmeldungen aus der Wirtschaft sind heutzutage

- die Börsenkurse
- Stellenkürzungen bei Großunternehmen.

Ergänzt durch Begriffe wie „Besitzstandsdenken“, „Verkrustung“, „soziale Hängematte“, „sozialistische Wärmestube“, „Kostensparnis“, „soziale Grausamkeiten“, „Einschnitte“ usw.

Parallel zur Veränderung der materiellen Rahmenbedingungen hat sich der mentale Rahmen verändert: In den letzten 20 Jahren hat ein Geist des Enrichissez-vous („Bereichert Euch“, dem französischen „Bürgerkönig Louis Philippe zugesprochener Appell an seine Bourgeoisie) Eingang in das Verhalten der (west-)deutschen Eliten gefunden. Sichtbarer Ausdruck dafür sind u.a.:

- die Höhe der Abfindung des Mannesmann-Chefs Esser anlässlich der Übergabe seines Unternehmens an den britischen Konzern Vodafone
- die Leistungen der Gebrüder Haffa an der Spitze ihrer „New-economy“-Firma, die sie selber superreich und viele ihrer kleineren Aktionäre arm machten
- die Immobilienfondskonstruktionen der Berliner Bank, die Teilen des Berliner Establishments sichere Gewinne und dem Eigentümer der Bank, dem Land Berlin und seinen Bürgern, einen riesigen Schuldenberg organisierten
- der Umfang der Korruptionsbeziehungen zwischen rheinischer Abfallwirtschaft und NRW-Kommunalpolitikern
- der nur zufällig bekannt gewordene Beratervertrag eines ehemaligen Bundeskanzlers bei dem Medien-Groß-Unternehmer Leo Kirch.

Gegen diese Vorgänge wirkt der finanziell durchaus abgefederte Verzicht des Krupp-Sohnes Arndt vor 40 Jahren auf sein Milliarden-Erbe zugunsten einer Stiftung geradezu altruistisch.

Und auch Helmut Kohls politischer Großvater Konrad Adenauer hätte den Gedanken sicher noch völlig abwegig gefunden, nach seiner Pensionierung als „Berater“ eines Großunternehmers sich ein Zubrot zu verdienen.

Allerdings: In den letzten 30 Jahren stiegen die Jahresgehälter der Chefs der 100 größten US-Unternehmen vom 39fachen des Durchschnittslohns der Arbeiter auf das Tausendfache. Ob der „Kanzler der deutschen Einheit“ da ein wenig „Sozialneid“ empfunden hat?

Und: Es ist doch nicht der verlorene Falkland-Krieg gewesen, der im einst wohlhabenden Argentinien nicht nur die Armen arm gehalten und den Mittelstand zusätzlich arm gemacht hat, da waren doch auch ausländische Kreditgeber, Berater aus internationalen Finanzgremien und einheimische Wirtschaftspolitiker am zerstörerischen Werke gewesen: Konkrete Menschen mit interessegeleitetem Handeln.

Natürlich muß jede Wirtschaftspolitik leistungsfördernd sein. Die Pferde müssen saufen können, wie es der ehemalige Wirtschaftsprofessor und -minister Karl Schiller ausgedrückt hatte.

Zeigen sich die Leistungen eines Unternehmen-Chefs aber vorrangig im (häufig nur vorübergehenden) Hoch-Pushen des Aktienkurses seiner Firma an der Börse? Sollten Großkonzerne nicht, wie in den USA des „New Deal“, eine dreifache, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben: gleichermaßen Nutzen erbringen für die Eigentümer, die Beschäftigten und die Region, in der sie liegen? Sollten die (west-)deutschen Eliten nicht ein wenig wieder mehr über sozialen Ausgleich nachdenken?

(Wenn aus ihrer Mitte Proteste gegen eine angedachte Erhöhung der Erbschaftssteuer kommen – trauen sie ihren Kindern nicht, trotz der erhaltenen guten Bildung, aus eigener Kraft wohlhabend werden zu können?)

In den USA haben letztes 100 Superreiche eine Erhöhung der Erbschaftssteuer verlangt, um das Leistungsprinzip als eine der Grundlagen der wirtschaftlichen Macht der USA zu stärken.)

Und sollte nicht jede Regierung darauf achten, daß ihr Ruf als unabhängig und dem Gemeinwohl verpflichtet nicht in Gefahr gerät? (Nach Meldungen eines Fernsehmagazins sollen Gesetzestexte im Bundesministerium für Finanzen kürzlich von dorthin abgestellten Gehaltsempfängern von Lobbyorganisationen verfaßt worden sein.)

Die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative ist eine der größten politischen Errungenschaften der Menschheit. Daß als „Vierte Gewalt“ inzwischen die Medien dazugekommen sind, hat sich nicht nur in den USA beim „Watergate-Skandal“ als äußerst sinnvoll erwiesen. Daß aber Wirtschafts-Lobbyismus nach einem neuen Buch zur „5. Macht“ im heutigen Deutschland geworden ist, sollte weniger positiv beurteilt werden.

Gerade der Ausbau des Lobbywesens zeigt, daß die derzeit führenden deutschen Unternehmer – im Gegensatz zu den derzeit führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftlern - nicht an die „reine“ Selbstregulierung der Wirtschaft über die „Märkte“ glauben, sondern sich durchaus bemüßigt sehen, auf ihre Weise regulierend in regulierende staatliche Entscheidungsprozesse auf dem Feld der Wirtschaft einzugreifen bzw. eingreifen zu lassen.

5.

Reformen!

Nachdem noch vor wenigen Jahren ganze Legionen von Journalisten in Deutschland eine „Spaßgesellschaft“ entdeckt hatten, trotz auch da bereits mehrerer

Millionen an Arbeitslosen, ist nun die Forderung nach „Reformen“ in das öffentliche – und zunehmend auch private – Leben eingezogen.

Reformen sollen die Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs bringen und die sozialen Sicherungssysteme für die

- Arbeitslosigkeit
- Alterssicherung (gesetzliche Renten)
- Gesundheit (Gesetzliche Krankenkassen).

wieder „fit machen“.

Bei all diesen „Reformen“ geht es um die Absenkung von Leistungen für abhängig Beschäftigte bzw. abhängig beschäftigt Gewesene.

Der Bedeutungsverlust des Faktors Arbeit in der Wirtschaft hat die Sozialversicherungssysteme für abhängig Beschäftigte prekär werden lassen. Seit Jahren wurden deshalb Veränderungen empfohlen:

- die Erschließung neuer Einnahmequellen, etwa die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen über eine Wertschöpfungsabgabe statt der an die Lohnkosten gebundenen Finanzierung oder die Einbeziehung von Zinsen, Mieten, Renditen in die Einkommen von Versicherten
- mehr „Eigenverantwortung“, d.h. die Auslagerung von bisher durch die Solidargemeinschaft getragenen Leistungen auf die Versicherten privat bzw. allein.

(Wenn die Bundesregierung zusätzlich bisherige Zuschüsse sparen will, mit dem Haushaltsbegleitgesetz im neuen Haushalt z.B. einen 2-Milliarden-Zuschuß zur Rentenversicherung, dann gestaltet sich die Situation der sozialen Sicherungssysteme für abhängig Beschäftigte noch schwieriger.)

Man hört wegen dieser Krise der sozialen Versicherungen häufig ein „Wir leben über unsere Verhältnisse“ - und man hört es vor allem von Leuten, die von dieser Krise bislang nicht betroffen sind. Ob sie ahnen, daß eine Mehrheitsbevölkerung mit künftig geringerem Realeinkommen sich all die teuren Journalisten, Unterhaltungskünstler, Politiker, Fußballer nicht mehr leisten können?

Die Arbeitslosigkeit hat z.Zt. in Deutschland vor allem dieses Gesicht:

- es gibt über vier Millionen offiziell registrierte Arbeitslose
- es bestehen kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz für über 50jährige
- in Ostdeutschland fallen hunderte bis tausende Arbeitssuchende auf eine freie Stelle.

Für das Gebiet Arbeitslosigkeit wurden folgende „Reformen“ entwickelt:

- Umbau der bisherigen Arbeitsämter in Job-Agenturen mit dem Ziel einer effektiveren Vermittlung von Arbeitslosen
- Reduzierung der Leistungen für Arbeitslose (Verkürzung des Bezugs von Arbeitslosengeld, Absenkung der bisherigen Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, Einschränkung der ABM-Maßnahmen)
- Einheitliche Betreuung der bei den bisherigen Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen und der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger.

Die zu lösenden Probleme und die dazu in Angriff genommenen Maßnahmen wirken nicht deckungsgleich: Wo keine Arbeitsplätze in ausreichender Zahl vorhanden sind, nützt eine effektivere Vermittlung von Arbeitslosen wenig.

Experten sagen voraus, daß die Beschäftigtenzahlen in der Zukunft bei

- Industrie und Landwirtschaft weiter zurückgehen
- Dienstleistungen teilweise – etwa bei sozialen Pflegeaufgaben – weiter zunehmen
- Medien und Informationswirtschaft weiter wachsen.

Die Höhe der Arbeitslosigkeit, die Beschäftigungsprognosen und der Zustand der öffentlichen Finanzen sollten unbedingt unser aller soziale und politische Phantasie in Bewegung versetzen. Wäre es z. B. nicht sinnvoller gewesen, statt die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zu senken - unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit - Unternehmen zu schaffen, in denen Arbeitslose entsprechend der Höhe ihrer Bezüge Teilzeitarbeit leisten? Dadurch

- würde das „Humankapital“ dieser Arbeitslosen nicht durch erzwungene Untätigkeit weiter entwertet
- könnten Aufgaben der Regionalkörperschaften und Kommunen bewältigt werden, für die ansonsten kein Geld vorhanden ist.

Finanzierung von Arbeit ist immer gesellschaftlich sinnvoller als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Natürlich würde solch ein Projekt sofort zu Protesten führen: Der Staat soll sich aus der Wirtschaft zurückziehen und nicht verstärkt einbringen. Dieses dogmatische Denken – entweder Arbeitsrechtsverhältnis in der „freien“ Wirtschaft oder staatlich organisierte Arbeitslosigkeit – ist jedoch ein Ausdruck der Krise selbst: Immer dann, wenn Ideologie und „ewige Wahrheiten“ im geistigen Leben eines Landes dominant werden, geht es mit einem Land bergab.

(Wer die Ideologie vom Staat, der für alles und jedes zuständig war, als unsinnig kennengelernt hat, wird auch Skepsis gegenüber einer Ideologie empfinden, die den Staat am liebsten nur noch „superschlank“ hätte.)

Bei den Renten galt noch vor zwei Jahren die „Riester-Rente“ als „Jahrhundertreform“. Jetzt muß sie schon „nachjustiert“ werden.

Neuerdings empfehlen Herr Rürop und eine ganze Kommission von Fachleuten auf Grund der demografischen Entwicklung ein späteres Renteneintrittsalter. Wenn in 30 Jahren auf zwei Beschäftigte drei Rentner kämen, seien die Renten nicht mehr zu finanzieren, kann man gelegentlich hören.

Die Pensionen sind übrigens in diesen Rechnungen noch nicht enthalten. Wer wird wohl sie zu erarbeiten haben?

In der Konrad-Adenauer-Stiftung hörte ich vor ca. anderthalb Jahren einen Zukunftsforscher. Nach ihm werden in den nächsten Jahrzehnten noch beträchtlich mehr qualifizierte Frauen in das Berufsleben streben als bisher.

Welche Folgen hätte eine Frauennarbeitsquote wie in der DDR auf das künftige deutsche Renteneintrittsalter? Und wenn Hochschulabsolventen durchgängig mit 18 das Abitur machen und so zügig studieren könnten wie in der DDR und damit beträchtlich früher ins Berufsleben eintreten würden – welche Folgen hätte das für ihr Renteneintrittsalter?

Zögerlichkeiten bei der Durchsetzung tatsächlich anstehender Reformen zwingen mithin zur scheinbaren Notwendigkeit von im vorgeschlagenen Ausmaß gar nicht benötigten „Reformen“.

Außerdem: Unser Lebensstandard, und damit auch die Rente, wird mit Sicherheit in 30 Jahren nicht vorrangig von der Zahl der Beschäftigten abhängen, sondern mehr von deren Produktivität. Es hängt heute und in der Zukunft von der Qualität von Maschinen ab, ob wir in einer Stunde 100 oder nur 50 Kochtöpfe herstellen und ob sich zwei oder drei Menschen zu deren Bedienung einfinden müssen. Ein Rechnen, das allein nach der Zahl der in der Wirtschaft Tätigen und nicht nach der Produktivität der von ihnen in Gang gesetzten Maschinerie fragt, ist ein Rückfall in vorindustrielles Denken.

Allerdings dürfte in einer Ära der deutschen Wirtschaft, in der deren Leistungsfähigkeit nicht unwesentlich durch „Cargo-Lifter“- und „Toll-Collect“-Projekte repräsentiert wird, auch die Qualität wirtschaftlicher Argumente nicht allzu hoch sein.

Einer globalen Produktivitätsstudie neuesten Datums ist zu entnehmen, daß

- Deutschland bei der produktiven Nutzung der Arbeitszeit weltweit z.Zt. an der Spitze steht
- nur 12% der vorhandenen Produktivitätsverluste auf mangelnde Arbeitsmoral der Beschäftigten zurückzuführen sind
- aber für 65% der auftretenden Produktivitätsverluste Mißmanagement verantwortlich ist.

„Gesundheitsreform“ heißt ein Verfahren zur Kostendämpfung bei den gesetzlichen Krankenkassen und den in sie Einzahlenden: Versicherte und deren Arbeitgeber paritätisch. Und zur Verlagerung der natürlich nicht verschwindenden Kosten auf die Versicherten allein.

Diese „Reform“ prägt außerdem, daß die Interessen der Produzenten im System (Pharmakonzerne, Ärzte) deutlich besser vertreten werden als die Interessen der Kunden (Versicherte).

Genau genommen handelt es sich bei den z.Zt. in Angriff genommenen „Reformen“ an der Renten- und Gesetzlichen Krankenversicherung um Reparaturen an Strukturen, die aus dem Wilhelminischen Kaiserreich des 19. Jahrhunderts stammen und dessen soziale Spaltungen bzw. Abgrenzungen modifiziert ins 21. Jahrhundert weitertragen sollen.

Bei der Alterssicherung heißt das:

- Renten für Lohn- und Gehaltsbezieher aus der paritätisch finanzierten Rentenversicherung
- Pensionen für Beamte und Parlaments- und Regierungspolitiker aus den laufenden Staatshaushalten
- private Absicherung für Vermögende aus Vermögensrenditen
- Sozialhilfe (Grundsicherung) für Bedürftige ohne anderweitige Alterssicherung.

Dazu kommt die zu Kaisers Zeiten noch nicht eingeführte Alterssicherung für Landwirte und Künstler.

Und bei der Gesundheitssicherung heißt es:

- Gesetzliche Krankenversicherung für abhängig Beschäftigte unterhalb eines Monateinkommens von dreieinhalbtausend Euro, Rentner und deren Ehegatten; das sind ca. 90% der Versicherten
- private Kassen für Selbständige, Beamte, Parlaments- und Regierungspolitiker, abhängig Beschäftigte mit einem Monateinkommen von über dreieinhalbtausend Euro, Bezieher ihres Einkommens aus Vermögen; das sind ca. 10% der Versicherten
- Bezahlung notwendiger Gesundheitsleistungen bei Sozialhilfeempfängern durch die zuständige Kommune.

Die „Reformen“ erinnern einen Ostdeutschen wie mich an die DDR. Wenn irgendwann irgendwo im Wirtschaftssystem des untergegangenen Staates sich eine Blöße auftat, wurde von den Herrschenden solange an der Decke, Nationaleinkommen genannt, hin- und hergezerrt, bis die Blöße bedeckt war. Und sich woanders eine neue abzeichnete.

In unserem Falle wird unter den „Reformen“ die Massenkaufkraft leiden.

Wird das neue „Freisetzen von Arbeitskräften“ nach sich ziehen.

Und dann neue Lücken bei den Einzahlungen in die „Systeme“.

Mittlerweile ist es hohe Zeit für wirkliche Reformen an den deutschen Sozialsystemen. Im 21. Jahrhundert sollten diese Reformen

- demokratischere, d.h. kastenlosere Strukturen in diese Systeme bringen
- die wirtschaftliche Flexibilität und soziale Mobilität der Mitglieder in der modernen Gesellschaft fördern
- die soziale Stabilität und Solidarität stärken
- dort, wo es sinnvoll ist, den Wettbewerb steigern
- und vor allem sollten sie den Versicherten in den Mittelpunkt der Reformen stellen.

Ein Blick über unsere Grenzen hinaus läßt in den hochentwickelten Industriestaaten zwei weitere Typen von sozialer Absicherung entdecken:

- einen nordamerikanischen (teilweise „atlantischen“)
- einen skandinavischen.

Der nordamerikanische beruht auf privater Absicherung und Kapitaldeckung. Er besteht aus „Eigenverantwortung“ und Selbstvorsorge, ergänzt durch bescheidene staatliche und karitative Notversorgungen.

(Auch wenn sie das heimische staatliche Gesundheitssystem nicht zerstört hat, am energischsten in Europa propagiert und betrieben hat das Prinzip der Eigenverantwortung die ehemalige britische Premierministerin Margret Thatcher. Mit Zuschüssen und Steuernachlässen brachte sie die Bewohner von Sozialwohnungen dazu, diese zu kaufen. Von 33 auf 42% stieg in ihrer Regierungszeit die Zahl der Steuerzahler in der mittleren Steuerklasse - eine Folge wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs. Am Ende ihrer Regierungszeit waren aber auch doppelt soviel Menschen arbeitslos wie zu deren Beginn, und 60% mehr Menschen mußten von Sozialhilfe leben.

Für die nicht wenigen, die mit der erhöhten Eigenverantwortung nicht zu Rande kamen, mußte der Staat also auch weiterhin soziale Lösungen anbieten: allerdings herabgesetzte.

Die Forderung nach erhöhter Eigenverantwortung läßt eine Frage neu stellen, die früher bezogen auf das Verhältnis Sozialismus-Individuum geäußert wurde: Ist der Mensch überhaupt so konstruiert, daß jedes Mitglied dieser Spezies tatsächlich die wirtschaftliche und soziale Eigenverantwortung voll übernehmen kann? Schon der Schulbesuch funktioniert in Deutschland ohne ausreichend Zwang nicht mehr.)

Das skandinavische Modell bietet staatliche Sozialleistungen, die durch Steuern (eine progressive Einkommenssteuer, Mehrwertsteuern von über 20%) finanziert werden.

Diese Steuerfinanzierung bedeutet

- keine Lohn-„Nebenkosten“; die Sozialkosten sind in den Löhnen selbst und deren Besteuerung enthalten
- jeder Bürger muß mit seinen Steuern entsprechend seiner Leistungskraft zur Bezahlung der Sozialkosten beitragen
- keine unterschiedlichen Systeme für sozial unterschiedene Gruppen.

Die Sozialleistungen der skandinavischen Staaten sind beträchtlich. Dabei

- erwartet der Staat jedoch auch, daß arbeitsfähige Leistungsbezieher das ihrige tun, rasch wieder in eine geeignete Beschäftigung einzusteigen
- fördert der Staat diesen Prozeß durch die Struktur und Aufgabenzuweisung seiner zuständigen Behörden.

Das skandinavische System verlangt also keinen Staat, der „schlank“ ist, sondern einen, der aktiv und aktivierend eingreift.

Auffällig ist, daß unter den vier derzeit nach dem Welt-Wirtschaftsforum wirtschaftlich und sozial stärksten Staaten sich mit Finnland (1.), und nach den USA (2.) Dänemark (3.) und Schweden (4.) drei befinden, die den skandinavischen Sozialstaat praktizieren.

Da in den letzten Monaten auch in Deutschland die Einsicht gewachsen ist, daß Umbau genannte Einschnitte in die vorhandenen Sozial-Sicherungssysteme nicht reichen, diese Systeme zu modernisieren, sondern ein wirklicher Umbau sowohl nötig als auch sinnvoll ist, werden zunehmend neue Modelle ins Gespräch gebracht. Bei der Krankenversicherung werden als Alternativen

- die „Bürgerversicherung“ und
- die „Kopfpauschale“

vorgeschlagen.

Und bei der Alterssicherung wird gelegentlich die Übernahme des Schweizer Modells empfohlen. In dieses System zahlen alle Bürger entsprechend ihrer Leistungskraft ein, und jeder Einzahlende erhält eine erträgliche Grundsicherung. Private Zusatzversicherungen ermöglichen Extras.

Die Bürgerversicherung ist eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems der Gesetzlichen Krankenversicherung. Sie würde

- die bisherige Zwei-Klassen-Spaltung mit dem Monopol der privaten Kassen auf die Besserverdienenden und dem Monopol der Gesetzlichen Krankenkassen auf die weniger gut Verdienenden beenden
- keine Einheitskasse schaffen, sondern einen Wettbewerb sehr unterschiedlicher Kassen um die Gesamtheit der Versicherten garantieren
- die Wohlstands-„Eliten“ mehr belasten, da alle Einkommensarten (Arbeitseinkommen, Zinsen, Mieten, Renditen) in die Beitragsfestsetzung/Versicherten einbezogen werden sollen
- durch diese breitere Bemessungsgrundlage die Versicherungskosten/Versicherten senken.

Bei der Kopfpauschale hat sich jeder Bürger - außer Kindern - mit der gleichen Summe zu versichern. Nach leicht differierenden Berechnungen wären das z.Zt. zwischen 180 und 220 Euro/Monat.

Voraussetzung für dieses bei der zu zahlenden Versicherungssumme „klassenlose“ Modell ist, daß Menschen mit größeren Belastungen als derzeit durch einen steuerfinanzierten Zuschuß subventioniert würden. Kritiker

- meinen, das würde eine neue Bürokratie nötig machen
- fragen, woher der schon so finanziell klamme Staat die Subventionen nehmen soll.

Sowohl bei der Bürgerversicherung als auch bei der Kopfpauschale werden private Zusatzversicherungen für Extras möglich und nötig.

Von der Bürgerversicherung profitieren Durchschnittsverdiener und Rentner, von der Kopfpauschale Arbeitgeber, weil ihre (paritätischen) Lohnzusatzkosten von der Lohnentwicklung abgekoppelt würden, und Besserverdienende.

Interessant ist die Situation bei unserem Nachbarland Österreich, weil es 1945 mit den gleichen sozialen Sicherungssystemen gestartet ist wie die Bundesrepublik.

Bei der Krankenversicherung weist Österreich heute eine allgemeine Volksversicherung auf, in der 97% der Bevölkerung einschließlich der neuen Selbständigen versichert sind, und bei der der Beitragssatz für Arbeiter und Angestellte einschließlich der Arbeitgeberanteile z.Zt. reichlich 7% beträgt. Allerdings werden über ein Viertel der Kosten dieses Gesundheitssystems vom Staat getragen, mehr Selbstbehalte sind deshalb auch in Österreich geplant. Pro Kopf der Bevölkerung besitzt die Alpenrepublik weniger Ärzte und Apotheken als Deutschland. Private Krankenversicherungen leben nur von Zusatzversicherungen. Einen Mangel hat auch dieses Modell: Den Beitragssatz legt das Parlament fest. Und dessen Entscheidungen unterliegen nicht immer wirtschaftlicher Rationalität

Bei der Alterssicherung sollen die noch bestehenden unterschiedlichen Sicherungssysteme für Arbeiter, Angestellte, Bauern, Selbständige und Beamte demächst in einem einzigen System zusammengefaßt werden.

Bürgerversicherung und einheitliche Alterssicherung lägen in wirtschaftlichem Interesse (Effizienz), nicht aber in sozialem Interesse der die Wirtschaft dominierenden Eliten. Sie würden die Möglichkeiten zur sozialen Mobilität (Fluktuation aufgrund von Leistungskriterien) erhöhen und die Tendenz zur Reproduktion der vorhandenen sozialen Schichtung beschädigen (können).

Als Ostdeutscher wäre nun mein Vorschlag:

Die Regierung läßt die Vertreter beider Systeme - der Bürgerversicherung und der Kopfpauschale - deren jeweilige Vorzüge und Mängel dem Volk vorstellen, und wir, das Volk, entscheidet dann in einer Volksabstimmung, welchem der beiden Modelle in Deutschland die Zukunft gehören soll.

Natürlich, ich weiß, diese Idee ist pure Utopie. Der Vorschlag zu solcherart Demokratie aus dem Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches war in die bundesdeutsche Demokratie nicht einzufügen. Das Volk der Bundesrepublik Deutschland kann nur alle vier Jahre Politiker wählen, von denen es mittlerweile weiß, daß die nach den Wahlen das machen, was sie in ihren Wahlprogrammen nicht bereit sind anzukündigen.

Andere „Reform“-Vorschläge!

Da ist zuerst die von interessierten Gruppen immer wieder vorgetragene Forderung nach Wiedereinführung von Studiengebühren. Weil sonst die deutschen Universitäten nicht mehr ausreichend zu unterhalten seien. Ein gern geäußertes Argument: Warum soll die Friseurin mit ihren Steuern das Studium des Arztes finanzieren? Wenn man das Argument dreht und vom Kopf auf die Füße stellt, heiße es so: Soll der Spitzenverdienerarzt mit seinen Steuern wirklich das Studium einer Friseurin stützen?

Der den Ruf nach Studiengebühren ergänzende Vorschlag, Studenten, die es nötig haben, Kredite zur Finanzierung ihres Studiums zu gewähren u.ä. - die könnten sie später von ihrem dann hohen Einkommen ja leicht zurückzahlen - träfe natürlich nur die Friseurin. Dem Arzt (zumindest einem Klinikdirektor) dürfte es nach der Senkung der Einkommenssteuer möglich werden, die Studiengebühren für den Sohn aus den laufenden Einnahmen zu begleichen.

Wenn durch die „Steuerreformen“ von 1998 bis 2005 einem Einkommensmillionär Steuern in Höhe von 100 000 Euro erlassen werden, wird der davon gleich mehreren Kindern ein Bafög-Einkommen zahlen können.

(Da sich der Staat verschulden muß, um diese „Steuerreform“ durchzuführen, kann er den Steuernachlaß natürlich auch in Staatsanleihen anlegen.)

Auch auf dem Finanzmarkt soll es „Reformen“ geben. Nicht nur, daß die hochspekulativen Hedge-Fonds endlich in Deutschland eingeführt werden - wo wären wir im Zeitalter der Globalisierung, wenn das weltweit agierende spekulative Kapital nicht auch in Deutschland die ihm liebsten Anlagemöglichkeiten vorfinden kann - nein: Die Steuersubventionierung von geschlossenen Immobilienfonds soll merklich reduziert werden.

Welchen Vorteil hat die deutsche Wirtschaft davon, daß geschlossene Immobilienfonds durch den Staat subventioniert werden?

(Daß deren Eigentümer von dieser Subventionierung profitieren, und nicht zu knapp bislang, das ist sicher jedermann klar.)

Das Reformwesen läßt also politisch engagierte Bürger nachdenken. Viel nachdenken. Normalerweise steht der Begriff „Reform“ für Fortschritt, planmäßige Veränderung zu Besserem, Aufbruch. Bei uns derzeit wird unter der Überschrift „Reform“ vorrangig sozialer Abbau gepredigt. Oder höchstens noch Aufbruch zum Abbau.

6.

Im Jahr 2002 ist der deutsche Export um 2,6% gestiegen. Er nahm viermal mehr zu als der EU-Export im Durchschnitt. Der deutsche Export wuchs beträchtlich mehr als das deutsche Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Auch das Jahr 2003 soll für den deutschen Export ein Erfolgswort werden. Die Höhe der Löhne, Steuern, Lohn-„Nebenkosten“ hat also die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Märkten nicht belastet.

Ein führender deutscher Arbeitsmarktexperte lieferte in der „Zeit“ kürzlich die Zahlen: Die Lohnstückkosten haben in der Euro-Zone zwischen 1996 und 2000 um 3,2% zugenommen, in Nordamerika um 2,1% und in Deutschland um 0,2%. Und weiter: In der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten 25 Jahren der Anteil am Gesamtsteueraufkommen bei den

- Lohnsteuern von 25% auf 30% gestiegen
- Gewinn- und Vermögenssteuern von 29% auf 14% gefallen.

Andere Zahlen: Deutschland verwendet 41,2% seines Bruttoinlandsprodukts für Steuern und Sozialausgaben, die skandinavischen Länder Dänemark mit 49,8% und Schweden mit 54,1% nutzen einen viel größeren Anteil ihres Bruttoinlandsprodukts für Steuern und Sozialaufwendungen. Und sie stehen z.Zt. wirtschaftlich besser da als wir.

Wenn die Lohn-„Nebenkosten“ infolge der Agenda 2010 fallen werden - werden dann die im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft reduzierten Unternehmenssteuern wieder eingeführt bzw. wieder erhöht? Sie sollen vor ihrer weitgehenden Abschaffung über 20 Milliarden DM/Jahr betragen haben. Ihre weitgehende Abschaffung ruinierte die deutschen Kommunen. (Da aber die Kommunen immer noch Hohe Schulen der Demokratie sind, schadet die finanzielle Trockenlegung der Kommunen auch der Demokratie. Kommunalwahlergebnisse kürzlich sollten auch unter diesem Aspekt gesehen werden.)

Kämen diese Steuern nach ihrer Wiedererhebung den Kommunen für Investitionen zugute, hätte das positive Wirkungen auf

- deren Infrastruktur
- den Arbeitsmarkt
- die Steuereinnahmen.

Oder soll die deutsche Exportwirtschaft künftig doppelt subventioniert werden: durch die

- weitgehende Beseitigung der Unternehmensbesteuerung
- Senkung der Lohn-„Nebenkosten“?

Hohe deutsche Exportüberschüsse in der EU hätten auf Dauer neue Negativeffekte:

- Es würden neue finanzielle Ungleichgewichte in Europa entstehen
- und eine Unzufriedenheit bei unseren Nachbarn über den Verursacher. (Die ersten Kritiker sind schon zu hören: Daß 82% der Zeitungen in Tschechien mittlerweile deutschen Eigentümern gehören und in Ungarn 75%. Natürlich: Wenn die deutsche Wirtschaft diese Positionen ausbauen will, braucht sie Außenhandelsüberschüsse.)

Deutschland, im Zentrum der - erweiterten - Europäischen Union gelegen, wird schon von dieser Lage nicht unbeträchtlich profitieren, es muß nicht auch noch eine neue wirtschaftliche Hegemonie in Europa über den Aufkauf des Produktivvermögens seiner östlichen Nachbarländer durch seine wirtschaftlichen Eliten anstreben. Verlangt ein Interesse an der Stabilität der Demokratie im vereinten Europa nicht eher eine breite Streuung des Eigentums am Produktivvermögen des jeweiligen Landes in den Händen der Bürger des betreffenden Staates?

Übrigens: Schlechter als beim Export steht Deutschland im internationalen Vergleich bei den Leistungen seines Bildungswesens und einem Korruptions-ranking da - keine Folge von zu hohen Steuern und zu hohen Lohn-„Nebenkosten“.

7.

Noch einmal über Reformen!

Reformen sind in Deutschland auf vielen Gebieten sinnvoll oder nötig.

Sie haben m.E. zwei Ziele anzustreben:

- „mehr Demokratie (wagen“)
- (ökologische) Nachhaltigkeit.

Beide Ziele verlangen sowohl Chancen- als auch Verteilungsgerechtigkeit, also einen sozialen Ausgleich im nachhinein wie von vornherein.

Eine Reform von Staat und Öffentlichem Dienst hat vor allem den Umbau des Beamten- in einen Bürgerstaat voranzutreiben. Das bedeutet z.B.

- Entbürokratisierung; aber nicht Deregulierung, sondern Dezentralisierung (also die Verlagerung von Entscheidungen dorthin, wo sie die Bürger überschauen und beeinflussen können)
- die Aufnahme von mehr Mitarbeitern mit naturwissenschaftlicher oder technischer Ausbildung in die Behörden (ihre Studien sind innovationsorientierter als die von Verwaltungsjuristen)
- verstärkte Delegation von nichtthoheitlichen Tätigkeiten an miteinander im Wettbewerb stehende freie Träger (ein Zuschlag sollte allerdings nicht durch Verwaltungsangestellte in Dienstzimmern erfolgen, sondern durch gewählte Volksvertreter in öffentlicher Beratung)
- die Führung von Existenzgründern und Kleinbetrieben in regionale Netzwerke, auf Auslandsmärkte und in die Kooperation mit regionalen Wissenschaftsinstitutionen
- Ausbau des Wettbewerbs zwischen Regionalkörperschaften (Berlin zeigt derzeit, welche Einsparpotentiale da infolge beträchtlicher Kostendifferenzen bei der gleichen Dienstleistung von Bezirk zu Bezirk bestehen)
- stärkere Durchsetzung des Leistungsprinzips bei Besoldung und Beförderung (Hier steht natürlich die Frage: Wer beurteilt die Leistung? Die betroffenen Bürger oder ein u.U. nur mäßig kompetenter Politiker als Dienstvorgesetzter?)

Bei Reformen in der Politik haben die Politiker über lieb gewordene eigene Gewohnheiten und eigene Pfründen zu befinden. Aber trotzdem: In Wahlen haben wir Bürger eigentlich abzustimmen über eine Politik, die auf hunderterlei mehr oder weniger wichtigen Feldern agiert. Unser Abstimmungsverhalten wird aber per „Wahlkampf“ auf zwei bis drei Gebiete gelenkt, auf denen sich die jeweiligen Politikbeschäftigten mehr oder weniger erfolgreich präsentieren können. Ist unser, der Bürger, Interesse an Politik wirklich so gering, daß uns glanzvoll retuschierte Politikerfotos an Hauptstraßenlaternenpfählen, ergänzende Sprüche von höchstem Allgemeinheitsgehalt und an schnellen Behauptungen überreiche Fernsehdiskussionen ausreichen, um dann in Wahlkabinen ein Urteil über hoffentlich variantenreiche Politikkonzepte abzugeben? Wenn bei dieser oder jener Ware die ihr von den Produzenten mitgegebenen Marktchancen nicht ausreichen, können die mit Erfolg durch Reklame verbessert werden. Warum aber muß eine Bundesanstalt für Arbeit, deren Tätigkeit Millionen von Deutschen aus eigener Anschauung bestens vertraut ist, Geld für eine Public-relation-Firma ausgeben – wenn sie bei der eigenen Klientel, vor allem den Langzeitarbeitslosen – erbarmungslos sparen muß?

Und das Engagement von Bundestagsabgeordneten als Angestellte von uns Bürgern. Schaut man auf die Zahl der „Nebentätigkeiten“ so mancher Parlamentarier, dann kann man zu der Meinung kommen, daß die Tätigkeit im Bundestag die eigentliche Nebentätigkeit dieser Abgeordneten sein muß.

Und die Altersversorgung der höherrangigen Politiker: mit 55 und den vollen Bezügen außer Dienst treten zu dürfen. Natürlich sollten auch Politiker den vorzeitigen Ruhestand erreichen können. Aber warum dann nicht mit den gleichen Abzügen wie andere Berufstätige auch? Oder sind die Politiker-Pensionskassen des Landes voller als die Rentenkassen?

Vielleicht sollte die Gesellschaft auch die Anforderungen an die Argumentationsfähigkeit der Politiker erhöhen: Statt einfach Behauptung gegen Behauptung in Talk-Shows aufzustellen, könnten sie zusätzlich Statistik gegen Statistik, Diagramm gegen Diagramm aufbieten. (Da könnte der Zuschauer z.B. bildhaft sehen, daß es Länder mit niedriger Staatsquote und wirtschaftlicher Stagnation gibt wie Japan und Staaten mit hoher Staatsquote und wirtschaftlichem Wachstum wie die skandinavischen.)

Zudem sollte jedem Gesetz ein Anhang gegeben werden:

- welche (sozialen) Gruppen haben welche Vorteile von dem Gesetz
- für welche Gruppen bringt das Gesetz welche Nachteile?

(Das dürfte – nachprüfbar durch jeden und für alle durch persönliche Erfahrungen – das Interesse des Volkes oder von zumindest Teilen desselben an Politik wieder zunehmen lassen.)

Und der Ruf der letzten Jahre nach dem „schlanken“ Staat?

Gewichtige Unternehmen haben dieser Tage einen „eingreifenden“ Staat benötigt. Im Interesse der privaten Lebensversicherungsfirma hat die Bundesregierung ihre Steuerreform vom Jahre 2001 „nachjustiert“ und diesen in Nöten befindlichen Finanzdienstleistern zwischen 5 und 10 Milliarden Steuern erlassen.

(Aber auch in der Wirtschaft scheinen die „schlanken“ Unternehmen bald wieder passe zu sein. Das „outsourcing“ ganzer Betriebsteile in den 90ern, hochgelobt von der Wirtschaftspresse, wird nach einem genaueren Berechnen der Ergebnisse von einer zunehmenden Zahl deutscher Unternehmen wieder zurückgenommen.)

Ein Nachdenken über Reformen bzw. Modernisierungen in der Wirtschaft stößt auf extrem widersprüchliche Theorien bzw. Situationen:

- die einen sprechen seit Jahren vom „Ende der Arbeitswelt“, die anderen fordern seit jüngerem zwei Stunden unbezahlte Mehrarbeit/Woche von Arbeitsplatzinhabern
- auf der einen Seite sollen Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln, auf der anderen Seite sollen diese Steuersenkungen „gegenfinanziert“, d.h., den Leuten wieder aus der Tasche gezogen werden (in wieviel Fällen wird damit „Gegenfinanzierung“ auf ein ordinäres Umverteilen hin auslaufen? Wenn z.B. die Eigenheimzulage für Einkommen von unter 40 000 Euro/Person reduziert und gleichzeitig der Spitzensteuersatz auf die Einkommenssteuer gesenkt wird, trifft das ja nicht Menschen mit identischen Bezügen.)
- die Zahnersatzkosten für weniger Wohlhabende müssen von denen zusätzlich privat versichert werden, gegen eine Aufhebung der Subventionierung der Wegekosten zur Arbeit (Pendlerpauschale) erhebt sich beträchtlicher Widerstand aus allen Einkommensklassen
- gutbezahlten Wirtschaftswissenschaftlern sind die deutschen Arbeiterlöhne zu hoch, während gleichzeitig die Jugend aus Ostdeutschland, wo die Arbeiterlöhne niedriger sind, wegen der dort grassierenden Massenarbeitslosigkeit in die Hochlohnregionen Westdeutschlands abwandert
- zum einen soll die heutige Jugend erst mit 67 in die Rente gehen dürfen, zum anderen ist die Gesellschaft z.Zt. nicht in der Lage, ihr in ausreichender Zahl Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.
(Deshalb sollte sich die Jugend nicht in die Auseinandersetzung mit den heutigen Rentnern führen lassen, sondern mit den derzeitigen Politikern auseinander setzen.)

Der größte – jedoch veränderbare – derzeitige wirtschaftliche Mangel ist der Mangel an Transparenz bei den volkswirtschaftlichen und Unternehmensdaten. Bei den volkswirtschaftlichen Daten lieferte die „Zeit“ kürzlich einige Fakten. Nach dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft arbeiten die deutschen Industriearbeiter 1557 Stunden/Jahr, die französischen 1605 Stunden und die amerikanischen 1900 Stunden. Dem französischen Arbeitgeberverband zufolge arbeiten die Deutschen dagegen 1644 Stunden/Jahr und die Franzosen nur 1624 Stunden. Nach der EU-Statistikbehörde liegt die deutsche Arbeitszeit mit 36,1 Stunden/Woche über dem EU-Durchschnitt von 35,5 Stunden. Solange für jede Theorie die passenden Zahlen aufzutreiben sind, darf man also den Theorien genauso wenig trauen wie den dazugehörigen Zahlen.

Ähnlich sieht es bei den (Groß-)Unternehmen aus. Die Wirtschafts- und Buchführungsfirmen haben nicht nur in den USA bei vordem Erfolgskonzerne versagt, sondern auch unübersehbar in Deutschland bei der Berliner Bank.

Könnte es da nicht nützlich sein, beim Vorhandensein einer Mindestanzahl von Kleinaktionären/AG, per Gesetz auch Vertreter von Kleinaktionären in den Vorstand einer Aktiengesellschaft aufzunehmen und ihnen dort eine Sperrminorität zuzubilligen? Das ergäbe eine stärkere soziale Kontrolle des Managements und würde möglicherweise so manche teure Ermittlung von Wirtschaftsstaatsanwälten überflüssig machen.

(Neben den Parlaments- und Regierungspolitikern sind die Manager von Großunternehmen derzeit die einzige Berufsgruppe von Angestellten, die über die eigenen Bezüge selbst befinden.)

Zu den Kosten der Betriebe tragen bei die

- Lohnkosten mit ca. 22%
- Energie- und Materialkosten mit ca. 41%.

Veränderungen sind nötig also vor allem beim Ressourcenverbrauch.

Auf dem Feld der Energie geht es dabei nicht um die Höhe der Windkraft- oder Kohlesubventionen, sondern einzig um Innovationen zum Energiesparen.

Wie könnte die technische Forschung dahin kommen, einen Heizkessel zu erfinden, der in unseren Eigenheimen nicht nur Wärme erzeugt, sondern gleichzeitig auch Elektroenergie?

Wenn der „Auto-Kanzler“ in den bislang fünf Jahren seiner Regierungszeit bei der Industrie konsequenter auf die Durchsetzung des Drei-Liter-Autos gedrängt hätte, würde

- die Abschaffung der Pendler-Pauschale die Pendler weniger schmerzen
- die deutsche Wirtschaft beim künftigen Handel mit „Treibhausgasemissionsberechtigungen“ günstiger dastehen
- auch der deutsche Wald weniger leiden.

Neben dem Minus bei den Arbeitsplätzen beherrscht das Minus bei der Bevölkerungsentwicklung die öffentliche Diskussion. Obwohl die Alterspyramide keine neuere Erfindung ist.

Wie kann die demografische Situation verbessert werden?

Z.Zt. bestehen in Deutschland drei Typen von Familie:

- die amtlich bestätigte Partnerschaft von einem Mann und einer Frau und mit im Regelfall Kindern
- eine stabile Partnerschaft von einem Mann und einer Frau und evtl. Kindern ohne amtliche Bestätigung
- das Zusammenleben von einem Erwachsenen mit einem oder mehreren Kindern.

(Welche Rolle etwa für Waisen in der Zukunft die sog. Homo-Ehe spielen kann, ist heute noch nicht abzusehen.)

Während die Kinder aus allen drei heutigen Typen von durch Heterosexualität begründeter Familie inzwischen juristisch gleichgestellt sind, werden bei den Erwachsenen vom Staat nur die Mitglieder des ersten Typs von Familie gefördert: die Mitglieder des aus früheren Jahrhunderten überkommenen Familienmodells.

Ist es nicht an der Zeit, auch da das Recht an das Leben anzupassen? Müssen weiterhin die arbeitslosen Ehegattinnen von Gutsituierten per Ehegattensplitting subventioniert werden, während langzeitarbeitslosen berufstätigen Frauen durch die Senkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau die Einkommen reduziert werden? (Widerspricht diese Subventionierung arbeitsloser Ehefrauen Wohlhabender nicht auch dem Zug der Zeit zu mehr „Eigenverantwortung“?) Die Abschaffung des Ehegattensplittings würde dem Staat 22 Milliarden Euro Steuereinnahmen bringen.

Sollten nicht einzig noch Geburten und Kinder gefördert werden? Aber da verläuft die tatsächliche Entwicklung derzeit kontrapunktiv: Ab Januar 2004 übernehmen die gesetzlichen Krankenkassen z.B. nur noch die Hälfte der Kosten für künstliche Befruchtungen.

Gelegentlich kann man hören, daß der Geburtenrückgang in Deutschland daran liegen würde, daß zuviel Frauen die Karriere den Kindern vorziehen würden. Nach einer neueren empirischen Vergleichsstudie gibt es aber gerade in Deutschland besonders viele Frauen in Führungspositionen.

Konservative Politiker haben ein neues Rezept zur Steigerung der Geburtenzahl in Deutschland erfunden: Rentenabschläge für Kinderlose. Noch nicht in ihrer Agenda befinden sich m.W. Abschläge bei den Altersbezügen für kinderlose Politiker.

Könnte nicht vielleicht statt der Bestrafung Kinderloser die Belohnung Kinderreicher humaner und effektiver sein? In der DDR – bekanntlich eine Diktatur – basierte die positive demografische Entwicklung ab Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts auf zwei Prinzipien:

- absolute Selbstbestimmung der Frau bei Schwangerschaften
- materielle Belohnungen für Eltern und Kinder.

Wie sehr Kinder bekommen, Kinder erziehen und erfolgreiche Berufstätigkeit bei der Elternteile auch im Westen eine glückliche Einheit bilden können, erfuhr ich im Sommer 1990, als ich erstmals nach Paris reisen durfte. Meine Gastgeber, beide Lehrer, erklärten mir: „Wir haben dafür in Frankreich die Ganztagschule aus der DDR übernommen.“ Allerdings fügten sie, ergänzt durch eine wegwerfende Handbemerkung, sofort hinzu: „Aber ohne diese Ideologie dort.“

Es war also nicht nur der „Grüne Pfeil“, um dessen Erhalt wir Ostdeutschen in Beitrittszeiten mehr hätten kämpfen sollen.

(Inzwischen konnte ich außerdem bei einem skandinavischen Erziehungswissenschaftler lesen, daß die Chancen für Begabte aus dem sozial „falschen“ Elternhaus erhöht werden, wenn diese Kinder früh eine Ganztagsbetreuung erfahren. Auch der Kampf um Kindergärten für alle Kinder ist also gesellschaftlich sinnvoll.)

Links und rechts in der deutschen Politik sind sich einig: Das nunmehrige deutsche Steuerrecht ist ein Labyrinth, in dem sich nur zurechtfindet, wer über einen ortskundigen Führer verfügt.

Es werden immer wieder Vorschläge zu seiner Vereinfachung gemacht.

Für mich sollten seinem Umbau weitere Prinzipien zugrundegelegt werden:

- Kinderfreundlichkeit
- Beschäftigungsfreundlichkeit
- ökologische Nachhaltigkeit
- die Reduzierung von Spekulationsblasen in allen Bereichen von Wirtschaftstätigkeit
- Steuergerechtigkeit.

Die Steuergerechtigkeit ist mittlerweile das zweite heiße Eisen der Steuerpolitik. Es soll Fälle geben, bei denen Spitzenverdiener mit einem Jahreseinkommen von 250 000 Euro ihr zu versteuerndes Einkommen unter Nutzung von Tricks auf 25 000 Euro „herunterrechnen“, um dann eine Einkommenssteuer zu zahlen wie einer ihrer – kleineren – Angestellten.

Einnahmen aus „Vermietung und Verpachtung“, früher bei gemäßigt Wohlhabenden eine Form von Alterssicherung, ist bei Superreichen heute häufig sog. negatives Einkommen, d.h., mit ihm werden Verluste „erwirtschaftet“, die, mit anderem Einkommen verrechnet, zu einer Senkung der Einkommenssteuer führen. Gleiches kann mit Film- und anderen Fonds erreicht werden.

Wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Ziel einer Verlufterwirtschaftung – ist das nicht ökonomischer Widersinn?

In Deutschland ist sie z. Zt. gewichtiges Ergebnis staatlicher Regulierungspolitik. Aber was ist das nur für ein Denken:

- bei Gutverdienern: lieber Verluste zu erwirtschaften, als dem Staat den vollen Steuersatz zu zahlen
- bei Volksvertretern: Steuergesetzen zuzustimmen, die den Staat um ihm zu zahlende Steuern bringen?

In welche Wahlkämpfe sind wohl welche Politiker mit der Ankündigung gezogen, sich im Falle ihrer Wahl besonders für die Schaffung solcher „Steuerschlupflöcher“ zu engagieren?

Ob ein Reicher den für ihn gültigen Steuersatz zahlt, ist heute eine Frage seiner sozialen Moral. Und – nicht zu vergessen – seines Patriotismus.

Und dabei gibt es – als Folge früherer „Reformen“ – für Hochbesteuerte auch noch legale Extras: Um angeblich die Arbeitslosigkeit abzumildern, können sie die Kosten eines „Dienstmädchens“ von der Steuer absetzen. Wenn der Staat auf diese Steuern nicht verzichten würde, sondern sie in den Ausbau der Infrastruktur investieren würde,

- würden auch Arbeitsplätze entstehen (oder erhalten bleiben)
- hätte zusätzlich die Allgemeinheit den Nutzen davon.

Ein internationaler Vergleich besagt, 1999 betrug der Anteil von Gewinn- und Vermögenssteuern am Gesamtsteueraufkommen in

- Deutschland 4,8%
- den USA 8,3%
- Großbritannien 10,4%.

Reformvorschläge, die in der Agenda der Politiker z. Zt. keine Rolle spielen:

- Das leidige Problem der „Steuerflüchtlinge“. Würde es nicht gelöst, wenn jeder Inhaber eines deutschen Passes nach deutschem Recht Steuern zahlen müßte? Wobei er an seinem ausländischen Wohnsitz bereits gezahlt hätte natürlich verrechnen könnte

(Wenn dem „Florida-Rolf“ die Sozialhilfe nicht mehr ins Ausland überwiesen wird, können doch aber dort lebende Deutsche ihre Steuern in die Heimat überweisen. Vor allem, wenn sie in Deutschland auch Geld verdienen. Die USA kennen diese Form der Steuererhebung schon lange.)

- Das andere leidige Problem: die Steuerhinterziehung. Allein bei der Mehrwertsteuer soll sie sich in diesem Jahr 2003 den 18 Milliarden Euro nähern. Warum wird nicht die Steuerfahndung ausgebaut? Wenn ein Steuerfahnder den Staat 60 000 Euro/Jahr kostet, er aber ca. 2 Millionen Euro/Jahr erbringt - wo bleibt da das Kosten-Nutzen-Denken der zuständigen Politiker?

- Die Existenzgefährdung für Klein- und Mittelbetriebe im Erbfall. Könnte die nicht ausgeschaltet werden, indem diese Betriebe statt kurzfristig zu überweisender Summen an die staatlichen Finanzkassen über Jahre hinweg aus dem laufenden Gewinn Beiträge in wissenschaftlichen, kulturellen oder sozialen Zwecken dienende Stiftungen überweisen?

Den Spitzensteuersatz auf Einkommen hatte die Regierung Kohl von 56% auf 53% gesenkt und die Regierung Schröder bislang auf 48,5%. Künftig soll er – über den Zwischenschritt 45% - bei 42% liegen und auf Einkommen von über 52 151 Euro/Jahr erhoben werden. Warum soll es für Einkommen von über 100 000 Euro/Jahr nicht eine weitere Stufe in der Progression geben: 50%?

In den USA des New Deal betrug der Steuersatz auf Höchsteinkommen 91%. Und kein Superreicher der USA mußte unter einer Brücke schlafen oder wanderte aus den USA aus.

In der Alt-Bundesrepublik von Konrad Adenauer und Willy Brandt sind trotz eines Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 56% große Vermögen entstanden. Und auch heute nimmt die Zahl der Reichen in Deutschland nicht ab.

Millionäre (mit einem Finanzvermögen von ab einer Million Dollar) gab es in Deutschland Ende

- 2001 730 000
- 2002 755 000.

Die Zunahme um 25 000 Millionäre in nur einem Jahr, also um 3,4%, läßt nicht darauf schließen, daß es Gutverdienern derzeit in Deutschland schlecht ergeht. Welchen gesellschaftlichen Nutzen also bringt eine Reduzierung des Spitzensteuersatzes auf die Einkommenssteuer auf 42%? Auf daß künftig kein deutsches Kapital mehr illegal auswandert? Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb um Investoren künftig besser dasteht?

Werden dann nicht andere Staaten bald wieder an der Steuerschraube drehen: und natürlich nach unten? Und wir wieder folgen müssen?

8.

Der heutigen Bundesrepublik würden Reformen auf vielen Gebieten guttun. Auch auf Feldern, die derzeit nicht im öffentlichen Gespräch sind. Warum sollte z.B. nicht das (west-)deutsche Kleingartengesetz auf Grund der Erfahrungen der DDR-Kleingärtner modernisiert werden? Warum dürfen Kleingärten nach diesem Gesetz keinen Elektroenergieanschluß haben? Warum sollen sie nicht dort an öffentliche Trink- und Abwassersysteme angeschlossen werden, wo das möglich ist? Warum dürfen Pächter nicht in ihren Lauben übernachten? usw. usf.

9.

In ihrem Buch „Der Prozeß des Sokrates“ führt die französische Historikerin Claude Mossé die Krise der athenischen Demokratie im 4. Jahrhundert v.u.Z. nicht nur auf das Desinteresse der Armen an den „Angelegenheiten der Stadt“ und den „Vorrang, der den Privatangelegenheiten eingeräumt wurde“ zurück, sie meint auch, daß bei den Reichen „der Hang zum Profit dazu neigte, über die Interessen der Stadt zu triumphieren“, und daß die Reichen „darüber hinaus versuchten, sich den hohen Kosten zu entziehen, die auf ihnen lasteten, daß also die Leiturgen, d. h. die Leistungen für das Gemeinwesen, ihnen zu lästigen Verpflichtungen geworden waren.“

Noch wäre ein Vergleich der heutigen Bundesrepublik Deutschland mit dem Athen jenes frühen Jahrhunderts überzogen. Welche Art von Reformen braucht Deutschland am Anfang des 21. Jahrhunderts, damit es so bleibt?

Zum Autor

Dieter Winkler, Jahrgang 1942, war von 1987 bis 2000 Stadtbezirkschronist bzw. Leiter des Heimatmuseums in Hellersdorf.

Er ist Herausgeber und Autor vieler Publikationen zur Regionalgeschichte (u.a. „Heinrich Grüber. Protestierender Christ. Berlin-Kaulsdorf 1934-1945“).

Seit seinem Studium von Geschichte und ML (1962/63 in Leipzig) hat er nach Alternativen zum stalinistischen Sozialismus gesucht.

Heute ist er bundesweit publizistisch tätig und meint: Die Diskussion über Reformen in Deutschland muss weiter gehen.